Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite >> Presse >> Pressemitteilungen

Pressemitteilungen

Finanzierung des Deutschlandtickets

6. August 2025

- Bundeskabinett beschließt Änderung des Regionalisierungsgesetzes
- 1,5 Milliarden Euro des Bundes nicht ausreichend
- Preiserhöhung für Fahrgäste absehbar

Das Bundeskabinett hat heute die Änderung des Regionalisierungsgesetzes beschlossen. Dazu Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz: "Wieder kein Durchbruch bei der Finanzierung des Deutschlandtickets! Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts verfestigt sich, dass der Bund auch 2026 nur 1,5 Milliarden Euro geben wird. Dabei ist schon lange klar, dass die Summe nicht ausreicht. Die Länder können nicht mehr als 1,5 Milliarden Euro für das Deutschlandticket aufbringen. Die mittlerweile quälende Unsicherheit beim Deutschlandticket ist Gift für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste! Bundesfinanzminister Klingbeil will offensichtlich nicht mehr Geld bereitstellen und trägt damit die Verantwortung, wenn der Preis für die Fahrgäste um mehrere Euro steigen muss."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

